



Die Zukunft ist erneuerbar

Fraktionsreport ⁰⁷ 2010

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Der Atom-Deal ist unverantwortlich

KOMMENTAR



Helmut Holter
Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender

Die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ist unverantwortlich, rückwärtsgerichtet und blockiert den erforderlichen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Im Ergebnis des so

genannten Atom-Streites haben sich die Energiekonzerne mit ihren Profitinteressen durchgesetzt. Im Gegensatz zu den sozial Schwachen hat die Atomindustrie eine mächtige Lobby. Das so genannte Energiekonzept der Bundesregierung, mit dem der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomkraft erfolgen soll, droht Deutschland auf Jahre zurückzuwerfen. Schwarz-Gelb füllt nicht nur den Atom-Konzernen weiter die ohnehin prallen Taschen und blockiert den Weg zur Energiewende. Sie lässt auch die kommunalen Stromerzeuger im Regen stehen, die in der Vergangenheit viel in die Nutzung erneuerbarer Ener-

gien investiert haben. Atomkraftwerke sind mit unkalkulierbaren Risiken verbunden und müssen schnellstmöglich abgeschaltet werden. Unfälle und Störungen, welche nie auszuschließen sind, haben katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt. Bis heute weiß niemand, wohin mit dem hochgiftigen radioaktiven Müll. Ein sicheres Endlager gibt es nicht. Dies hat auch konkret Folgen für Mecklenburg-Vorpommern. Ab Herbst dieses Jahres werden durch unser Land Castoren mit hochradioaktiven Abfällen Richtung Lubmin rollen. Das dortige Zwischenlager darf sich nicht klammheimlich zum Endlager entwickeln. Deshalb

dürfen wir nicht einfach zusehen, dass immer weiter diese giftigen Abfälle produziert werden. Die Bundesregierung plant, die Laufzeitverlängerung am Bundesrat vorbei zu beschließen. Einige Länder haben bereits Klage dagegen angekündigt. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, sich an einer solchen Klage zu beteiligen. Auch der SPD-Umweltminister Backhaus hat die AKW-Laufzeitenverlängerung als umweltpolitische Bankrotterklärung bezeichnet. Weil die SPD aber in einer Großen Koalition an die CDU gefesselt und sich selbst zur Tatenlosigkeit verdammt, hat sie unseren Antrag abgelehnt.

Kurz notiert

Regine Lück ist neue PGF



Mitte September wurde Regine Lück zur neuen Parlamentarischen Geschäftsführerin (PGF) gewählt. Das Amt war neu zu besetzen, weil sich die bisherige langjährige Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion, Gabi Mestan, aus gesundheitlichen Gründen aus dieser Funktion zurückgezogen hat. Die Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danken Frau Mestan für ihr jahrelanges großes Engagement und ihren Einsatz für die Interessen der Fraktion. Sie wünschen Frau Mestan alles Gute und bauen weiter auf ihre tatkräftige Unterstützung.

Sozialhilfe-Finanzierungsgesetz

Das von der Landesregierung verabschiedete Sozialhilfefinanzierungsgesetz kommt Monate zu spät und wird den heutigen Anforderungen nicht gerecht. Die Einrichtung von Pflegestützpunkten verzögert sich weiter, die dringend erforderliche umfassende Novellierung des Gesetzes, um etwa den Grundsatz ambulant vor stationär gerecht zu werden, wurde auf 2013 verschoben.

Irene Müller

Grüne Gentechnik abwehren!

Mit unserem Antrag „Risikoreiche Grüne Gentechnik verhindern – Landwirte und Verbraucher schützen“ wollten wir einen Kurswechsel des Landes weg von der Anwendung der Grünen Gentechnologie einleiten. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass es eine wirkliche Koexistenz und Wahlfreiheit zwischen gentechnisch veränderten Pflanzen und herkömmlichen Sorten nicht geben kann. Eine unzureichende konzernunabhängige Forschung, die sichere Langzeitergebnisse über die möglichen Risiken für Ge-

sundheit und Natur bieten könnte, ist ein weiteres schwerwiegendes Manko bei der Anwendung der grünen Gentechnik. Es ist dringend erforderlich, die unabhängigen Sicherheitsforschungen weiter auszubauen. Darüber hinaus fehlen die Nachweise über den Nutzen der gentechnisch veränderten Pflanzen. Meine Fraktion teilt die Auffassung des Umweltministers Backhaus, dass für das Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern, für diesen wichtigen Agrarstandort diese Gentechnik nicht gebraucht wird. Des-

halb haben wir die Landesregierung aufgefordert, alle Möglichkeiten in der Europäischen Union, in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern zu nutzen, um die Grüne Gentechnik zurückzudrängen und erteilte Zulassungen rückgängig zu machen. Mit Verweis, unser Antrag sei entbehrlich – in Wahrheit jedoch wohl aus Koalitionsdisziplin – haben sie unseren Antrag abgelehnt. Die SPD muss sich jetzt fragen lassen, wie sie ihre ablehnende Haltung durchsetzen will. Oder ist alles schon Wahlkampf?

Prof. Dr. Fritz Tack

Keine Kürzung bei Bau und Wohnen

Mit unserem Antrag „Stadterneuerung und Klimaschutz im Kontext mit sozialem Wohnen nicht gefährden – Sparpläne des Bundes im Bau- und Wohnbereich stoppen“ sollte sich der Landtag entschieden gegen die Sparpläne des Bundes bei der energetischen Gebäudesanierung, der Städtebauförderung und beim Wohngeld

aussprechen. Wir meinen, die Landesregierung muss alles unternehmen, die vorgesehene Halbierung der Bundesmittel zur Städtebauförderung und dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sowie die Streichung des Heizkostenzuschlags im Wohngeld ab 2011 zu verhindern. Obwohl die SPD-Fraktion und Bauminister Schlot-

mann dies genauso sehen, wurde unser Antrag aus Prinzip abgelehnt. Um nicht völlig unglaubwürdig da zu stehen, wurde davor mit der CDU ein windelweicher Dringlichkeitsantrag zum Thema auf die Tagesordnung gesetzt, der die soziale und umweltpolitische Komponente völlig ausblendet.

Regine Lück

12. September 2010

bundesweite „Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung“, ein Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg. Dieser Tag gehört zu den größten regelmäßigen Veranstaltungen, die das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes und die aktuellen Auseinandersetzungen mit Rassismus und Neonazismus verbinden. Die Wurzeln des Tages der Mahnung, Erinnerung und Begegnung reichen zurück in das Jahr 1945, als sich am zweiten Sonntag im September Tausende Überle-

bende des NS-Regimes trafen, um der Millionen Opfer der faschistischen Herrschaft und des grausamen Krieges zu gedenken. Deshalb war es gut, dass viele hundert Demokratinnen und Demokraten diesen Sonntag 2010 nicht nur nutzen, um hinter die Kulissen des Landtags zu schauen, sondern auch, um deutlich zu machen: Wir wollen keine Nazis! Nicht auf den Straßen und Plätzen unseres Landes, nicht in den Köpfen und nicht in den Parlamenten!

Peter Ritter



Viele Menschen haben am Sonntag, dem 12. September, ein deutliches Zeichen für Demokratie und Toleranz, gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus gesetzt. An diesem Tag wurde nicht nur der Tag der offenen Tür im Schweriner Schloss begangen, sondern auch der

Kinder nicht länger ausgrenzen

Armut hat in Deutschland wieder einen Namen und über sieben Millionen Gesichter. Über 50 Prozent der Kinder unseres Landes im Alter bis zu 15 Jahren leben in Familien, deren Eltern Hartz-IV-Leistungen erhalten, weil sie arbeitslos, so genannte Ein-Euro-

Regelleistung für Erwachsene und Kinder entspricht nicht dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die Praxis, die Regelsätze für Kinder nicht nachvollziehbar aus denen der Erwachsenenregelsätze abzuleiten, wurde

Eindruck vermitteln zu wollen, Bildung sei per Karte, quasi per Knopfdruck zu erwerben. Hinter dem Konzept Chipkarte steckt alles andere als eine adäquate Umsetzung der Verfassungsgerichtsentscheidung, allen Kindern den Zugang zu Bildung zu eröffnen.

Eine wirkliche Förderung für Kinder aus sozial benachteiligten Familien wird es nur am jeweiligen Kita- oder Schulstandort in enger Kooperation zwischen Schule und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe geben. Eine konsequente, kinderfreundliche Umsetzung des Gerichtsurteils braucht neben den bedarfsgerechten Regelsätzen, ein enges Netz von Schule und Freizeiteinrichtungen mit gut bezahlten, hoch motivierten Lehrerinnen und Lehrern und qualifizierten pädagogischen Fachkräften, die in Kitas und Schulen die Kinder fördern bzw. eine anregungsreiche, strukturierte Freizeitgestaltung ermöglichen. Unser Antrag, die Landesregierung möge sich kurzfristig für die wortgetreue Umsetzung der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung einsetzen, wurde wie schon so viele zu diesem Thema, abgelehnt.

Dr. Marianne Linke



Jobber oder Geringverdiener sind. Die betroffenen Kinder erhalten kein Kindergeld und die Eltern bald kein Elterngeld mehr. Geldgeschenke werden wie der Verdienst aus Ferienarbeiten gegengerechnet. So werden die Möglichkeiten der Kinder eingeschränkt, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie werden durch den Staat ausgegrenzt. Das hat das Bundesverfassungsgericht zu Recht moniert: Die

durch das Verfassungsgericht als willkürlich abgelehnt, auch weil bei der Ermittlung der Erwachsenenregelsätze überhaupt keine Bildungsausgaben veranschlagt sind. Das Gericht hat verfügt, dass bis Ende dieses Jahres eine Neuregelung geschaffen werden muss. Nun hat Bundessozialministerin von der Leyen die Idee einer so genannten Bildungschipkarte präsentiert. Wie sonderbar, jungen Menschen den

Kulturförderung sichern

Wir haben von der Landesregierung eine „Berichterstattung zur Kulturförderung“ beantragt. Ein solcher Bericht kann die Förderbedingungen und die -praxis transparent machen und Qualitätsstandards sichern. Fragwürdig ist dabei auch der Umstand, dass der Kulturetat seit 2002 um 8 Prozent gesunken ist, sein Rückgang erfolgt schneller als der Gesamtetat. Aus der Zuständigkeit

des Landes für die Kultur leitet sich eine hohe öffentliche Verantwortung für die Bereitstellung, Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen kulturellen Infrastruktur in allen Teilen des Landes ab. In der Praxis der Kulturförderung entstehen immer wieder Konflikte zu getroffenen Entscheidungen auf der Grundlage der geltenden Kulturförderrichtlinie. Oft können Entscheidungen

nicht nachvollzogen werden. Ein Kulturförderbericht stärkt die Kommunikation zwischen den Kulturschaffenden und der Verwaltung. Dies befördert Vertrauen und ist letztlich belebend für die Demokratie. Es ist notwendig, differenziert und kontinuierlich über Fragen der Kulturförderung Auskunft zu geben. Doch dazu ist die Landesregierung nicht bereit.

Torsten Koplin

„Kein Ort für Neonazis“

Wir unterstützen die Kampagne der Amadeu Antonio Stiftung „Kein Ort für Neonazis“. Sie reiht sich ein in die vielfältigen Aktivitäten, die mit dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz stärken!“ bereits entwickelt wurden. Der Fokus darf nicht nur auf die Verhinderung des Wiedereinzugs der NPD in den Landtag gerichtet sein. Augenmerk muss auch auf die kommunale Ebene gelegt werden, um die weitere Etablierung der Neonazis in der Fläche zu verhindern.

Peter Ritter

Kein soziales Pflichtjahr

Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs muss abgelehnt werden. Das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention verbieten Zwangs- und Pflichtarbeit. Die so genannten Zivis leisten wertvolle Arbeit und erhalten im Durchschnitt 10 Euro pro Tag, nach der Verkürzung der Dienstzeit auf 6 Monate geraten viele Einrichtungen in Bedrängnis. Deswegen wird der Ruf nach einem Pflichtjahr immer lauter. Zivildienst kann aber die soziale Arbeit nur ergänzen und nicht ein funktionierendes Sozialsystem ersetzen. Freiwillige Dienste ja – Arbeitspflicht nein.

Irene Müller

Impressum

Fraktionsreport
herausgegeben von der
Fraktion DIE LINKE im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Tel: 0385 - 5252500
fraktion@dielinke.landtag-mv.de
V.i.S.d.P: Claudia Schreyer
Layout: Lars Kulesch
Titelbild: BMU / Thomas Härtrich
Bild Seite 3: pixelio.de / Rainer Sturm
17. September 2010

20 Jahre Fraktion im Landtag



Katharina (links), sie absolviert zurzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Linksfraktion, und Jacqueline, wissenschaftliche Mitarbeiterin, verteilen am Tag der offenen Tür im Schloss die druckfrische Ausgabe unserer Pro-Zeitung. Sie ist ganz dem Thema „20 Jahre Linke im Landtag Mecklenburg-Vorpommern“ gewidmet und gibt einen Überblick der Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion als „Schmuddelkind, Oppositionskraft, Regierungspartner“.

Gesundheitspaket ist unzumutbar!

Unser Antrag „Keine einseitige Belastung der Versicherten – solidarisches Gesundheitswesen stärken“ fand keine Mehrheit. Wir wollten erreichen, dass der Landtag das von der Bundesregierung vorgelegte Gesundheitspaket ablehnt. Dieses sieht Zusatzbeiträge in unbegrenzter, einkommensunab-

hängiger Höhe vor, die allein von den gesetzlich Krankenversicherten zu zahlen sind. Wir brauchen ein solidarisch finanziertes Gesundheitswesen. Die geplante einkommensunabhängige Regelung stellt für die Einwohnerinnen und Einwohner mit den bundesweit geringsten Einkommen eine unzumutbare

Härte dar. Das kann und darf den Betroffenen, aber auch den gegebenenfalls für die Betroffenen einzustehenden Kommunen nicht zugemutet werden. Der Erhalt des solidarischen Gesundheitswesens erfordert die finanzielle Beteiligung aller entsprechend ihrer finanziellen Einkünfte.

Dr. Marianne Linke

Stopp der Rente erst ab 67

Die im Jahr 2007 von CDU und SPD beschlossene schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem Jahr 2012 ist nichts weiter als ein Rentenkürzungsprogramm. Deshalb haben wir die Landesregierung mit unserem Antrag „Keine Anhebung des Renteneintrittsalters“ aufge-

fordert, sich grundsätzlich gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre auszusprechen. Auch die durch die SPD nunmehr geplante Aussetzung des Einstiegs ist als parteitaktisches Manöver abzulehnen. Statt die Lebensleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer weiter zu schmälern und die Lebensrisiken weiter zu privatisieren, muss die gesetzliche Rente insgesamt so umgebaut werden, dass sie den Lebensstandard sichert und vor Altersarmut schützt. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Irene Müller

EU-Integration braucht soziale Standards



Am 1. Mai 2011 wird ein weiterer wichtiger Schritt zur Integration der Europäischen Union vollzogen. Ab diesem Tag gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Danach haben alle Unionsbürger das Recht, ungeachtet ihres Wohnortes in jedem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, unter den gleichen Voraussetzungen eine Beschäftigung ausüben zu dürfen wie ein Angehöriger dieses Staates. Dadurch wird Diskriminierung vorgebeugt und Schwarzarbeit

wirksam bekämpft. Angesichts der Arbeitsmarktsituation in M-V ist absehbar, dass im Vorfeld zum 1. Mai 2011 in der Bevölkerung Ängste und Befürchtungen aufkommen werden, die rechtsextreme Parteien und Gruppierungen nutzen werden, um ihre antieuropäischen Ziele zu verdeutlichen und umzusetzen. Deshalb haben wir den Antrag „Gut vorbereitet auf den Eintritt der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011“ auf die Tagesordnung gesetzt. Wir meinen, dass es

auch Aufgabe der Landespolitik ist, Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und darüber aufzuklären, welche Chancen sich für unser Land ergeben. So braucht die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit Rahmenbedingungen, die die Bürgerinnen und Bürger absichern. Erforderlich sind soziale Mindeststandards, um Lohndumping vorzubeugen. Ein erster Schritt könnte die Einführung eines allgemein verbindlichen Mindestlohnes sein. Unsere Forderung, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen soll, fand keine Mehrheit. Abgelehnt wurde auch unsere Forderung, dem Landtag bis zum 31. Dezember 2010 den Entwurf eines Landestariftreuegesetzes vorzulegen.

Barbara Borchardt

2011
Courage-Preis
Für Demokratie und Toleranz.

www.linksfraktionmv.de

Der nächste Fraktionsreport erscheint am 01. November 2010